

Merkel kritisiert Essener Tafel

ESSEN (dpa/KNA) - Bundeskanzlerin Angela Merkel hält nichts von der Entscheidung der Essener Tafel, bis auf Weiteres nur noch Deutsche neu in ihre Kartei mit bedürftigen Menschen aufzunehmen. „Da sollte man nicht solche Kategorisierungen vornehmen. Das ist nicht gut“, sagte Merkel in RTL. Die Essener Tafel vergibt neue Berechtigungen zum Empfang von Lebensmitteln seit dem 10. Januar vorübergehend nur noch an Bürger mit deutschem Ausweis. Begründet wird dies mit einem angeblich zu hohen Anteil an Ausländern. An dem Vorgehen der Tafel hatte es massive Kritik gegeben. Der Chef der Essener Tafel, Jörg Sator, denkt an Rücktritt. „Ich bin kurz davor hinzuschmeißen“, sagte Sator der „Bild“-Zeitung. In der Nacht zu Sonntag wurden sechs Tafel-Wagen mit Parolen wie „Nazis“ und „Fuck Nazis“ besprüht.

Zahl des Tages

250 000
Krankenhauseinweisungen

sind in Deutschland jährlich auf vermeidbare Medikationsfehler zurückzuführen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP hervor.

Kurz berichtet

Seehofer: Berlin-Wechsel nicht „endgültig“ sicher

MÜNCHEN (dpa) - CSU-Chef Horst Seehofer hält seinen geplanten Wechsel nach Berlin in ein Bundeskabinett als Innenminister für noch wahrscheinlich, aber nicht für „endgültig“ sicher. Er begründete dies damit, dass der genaue Zuschnitt seines Ministeriums noch besprochen werden müsse.

Gemeinsame Maßnahmen gegen Schweinepest

BERLIN (dpa) - Bund, Länder und Verbände koordinieren ihre Maßnahmen gegen die Afrikanische Schweinepest. „Ein Ausbruch hätte erhebliche wirtschaftliche Konsequenzen“ sagte der geschäftsführende Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU). Er hatte zu einer nationalen Präventionskonferenz nach Berlin geladen.

Berlins Polizeizeich muss gehen

BERLIN (dpa) - Nach einer Serie von Ermittlungsspannen und Missständen stand Berlins Polizeizeich seit Monaten in der Kritik, nun ist Klaus Kandt am Montag in den Ruhestand versetzt worden. Innenminister Andreas Geisel (SPD) stellte den 57-Jährigen ab sofort frei.

Umstrittene „Hitler-Glocke“ bleibt im Kirchturm

HERXHEIM (Irs) - Der Gemeinderat im pfälzischen Herxheim hat beschlossen, die umstrittene Glocke aus der Zeit des Nationalsozialismus nicht entfernen zu lassen. Mit zehn zu drei Stimmen entschied das Gremium, dass sie als „Anstoß zur Versöhnung und Mahnmal gegen Gewalt und Unrecht“ erhalten bleiben soll. Die „Hitler-Glocke“ mit einem Hakenkreuz und der Inschrift „Alles fuer's Vaterland - Adolf Hitler“ hängt dort seit 1934.

Früherer Arbeitsminister Ehrenberg verstorben

BERLIN (AFP) - Der frühere Bundesarbeitsminister und SPD-Politiker Herbert Ehrenberg ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Ehrenberg war von 1976 bis 1982 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Ehrenberg gilt auch als Begründer der Künstlersozialkasse.



Herbert Ehrenberg FOTO: DPA



Angeregte Kramp-Karrenbauer (Zweite von links) wird von Volker Bouffier, Angela Merkel und Ursula von der Leyen gefeiert.

FOTO: AFP

Der neue Star der CDU

Angela Merkel setzt durch, was sie will – aber gefeiert wird Annegret Kramp-Karrenbauer

Von Sabine Lennartz

BERLIN - Die Hoffnungen ruhen jetzt auf ihr. Annegret Kramp-Karrenbauer, die neue Generalsekretärin der CDU, wird in Berlin mit Beifall überschüttet. Wie Balsam für die wunde Parteiseele sei ihre Kandidatur, hatten einige schon im Vorfeld gesagt.

„Ich kann, ich will, ich werde“, so temperamentvoll tritt Kramp-Karrenbauer vor die rund 1000 Delegierten des CDU-Sonderparteitags. Denn Anpacken ist ihrer Ansicht nach die einzig richtige Antwort in Zeiten, in denen so viele Menschen enttäuscht seien von der Politik.

Im weißen Gehrock steht sie vorne am Rednerpult in der Station Berlin. „Alles, was ich bin, verdanke ich der CDU“, sagt sie. „Die Zukunft gehört den interessanten Parteien“, zitiert sie Heiner Geißler. „Und wir sind eine interessante Partei.“

Annegret Kramp-Karrenbauer will die 40 Prozent von 2013 wiederholen. Ihre Zuhörer redet sie mit „Ihr“ und „Euch“ an, die Saarländerin siezt nicht, sie will eine Mannschaft bilden. „Der Star ist die CDU“, sagt sie unter Verweis auf die deutsche Eishockey-Mannschaft in Pyeongchang.

Die neue Generalsekretärin will die 1,4 Millionen Wähler von der FDP zurückholen. Dazu greift sie die Liberalen scharf an. Was ist bürgerlich daran, wenn ich in dem Moment, wo ich regieren könnte, nicht regiere?“ Wenn das jeder Handwerker machen würde, würde ganz Deutschland in Schutt und Asche liegen, schimpft sie und erhält donnernden Applaus. Zum Schluss springen die Delegierten, auch die nicht mehr ganz so jungen, quasi von ihren Stühlen in die Luft, um zu applaudieren. Fast 99 Prozent der Stimmen holt Annegret

Kramp-Karrenbauer. Fast die gesamte Parteispitze fällt der Frau, die ihr Ministerpräsidentenamt im Saarland gegen den Posten der Generalsekretärin tauscht, um den Hals. Der Rest klatscht begeistert.

CDU-Chefin Angela Merkel hat zuvor auf dem Sonderparteitag in Berlin ein Ja zum Koalitionsvertrag errungen. Nur 27 Gegenstimmen bei 975 Anwesenden. „Wir dürfen die GroKo nicht nur als kleinstes Übel darstellen, sondern müssen dafür werben“, sagte der Wangener Landtagsabgeordnete Raimund Haser. Merkel trug

die Kernpunkte des Koalitionsvertrags vor. Doch am Vertrag selbst gab es auch weniger Kritik als daran, dass die CDU das Finanzressort der SPD überlassen musste. „Auch ich empfinde den Verlust als schmerzlich“, so Merkel. Aber hätte man an der Frage der Posten die Verhandlungen scheitern lassen sollen? Eigentlich sollte auch eine Aufarbeitung des Wahlergebnisses der letzten Bundestagswahl vorgenommen werden. Merkel weist diese Aufgabe der neuen Generalsekretärin zu. Man werde die programmatische Arbeit für die kommenden Jahre aufnehmen, verspricht sie. Merkel stellt ihre Ministerriege vor und dankt jenen, die sie

ziehen lässt. Sehr viel mehr Applaus als die CDU-Chefin Merkel bekommt der scheidende Innenminister Thomas de Maizière, der später sagt, er gehe „als stolzer und dankbarer Bundesminister und bleibe ein stolzer und fröhlicher Christdemokrat. Aber auch Hermann Gröhe und der scheidende Generalsekretär Peter Tauber, der in Berlin nicht dabei war, erhalten warmen Applaus.“

Viele Redner kritisieren auf diesem Parteitag die Wirtschafts- und Flüchtlingspolitik der CDU, die schärfsten Kritiker aber bleiben zahm, so wie Paul Ziemeck, der Junge-Unions-Chef, der die Partei an die Generationengerechtigkeit erinnert, und Jens Spahn, der als neuer Gesundheitsminister lediglich mahnt, das Vertrauen der Wähler müsse zurückgewonnen werden, indem man das, was im Koalitionsvertrag steht, umsetzt.

Mehrere Redner sehen eine Gefahr, dass Deutschland zu viel Geld nach Europa zahlen müsse. Carsten Linnemann, der Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, warnt vor einer Vergemeinschaftung von Schulden. Der Antrag der Mittelstandsvereinigung fordert, dass der Bundestag das letzte Wort behält bei den europäischen Ausgaben.

Alles in allem aber kann die CDU-Chefin am Ende zufrieden sein. Ihr Personalvorschlag Kramp-Karrenbauer wird gefeiert, der ausgehandelte Koalitionsvertrag mit großer Mehrheit angenommen.

So harmonisch der Parteitag endet, der CDU-Abgeordnete Roderich Kiesewetter hält es trotzdem für ein Unding, dass man jetzt abhängig sei von dem Votum einer Partei, in der Nicht-Wahlberechtigte mit über die Zukunft der GroKo abstimmen. Die CDU muss sich noch bis nächsten Sonntag in Geduld üben, bis das Mitgliedervotum der Sozialdemokraten ausgezählt ist.

THEMA
des Tages

Kommentar

Von Sabine Lennartz

Ein fulminanter Start

Darauf hat die CDU gewartet. Eine Generalsekretärin, die mit Temperament, Angriffslust und Tiefgang auf dem Bundesparteitag in Erscheinung tritt. Die sich und anderen hohe Maßstäbe setzt, wenn sie an Heiner Geißler als Vorbild erinnert. Kramp-Karrenbauer hat einen fulminanten Start hingelegt.

Wenn Kramp-Karrenbauer die Entwicklung einer politischen Idee als Grundlage für alles bezeichnet, kann man das durchaus als Kontrastprogramm zu Merkels Stil betrachten, der immer eher auf das reaktive Handeln entlang der Erfordernisse setzt als auf Ideen oder gar Visionen. Die Partei erschien ausgelagert. Der Ärger über die 32,9 Prozent bei der Bundes-



tagswahl ist noch nicht verfliegen, das Scheitern von Jamaika noch nicht verdaut, das Warten auf die SPD geht an die Nerven und die Ressortverteilung schmerzt viele.

Nach zwölf Jahren an der Regierung hat Angela Merkel auf diesem Parteitag mehr Kritik als gewohnt einstecken müssen. Erstmals musste sie einen Koalitionsvertrag von einem Parteitag absagen lassen. Und doch kann auch die CDU-Chefin am Ende zufrieden sein. Erstens, weil Kramp-Karrenbauer ihr eigener Vorschlag war, zweitens, weil deutlich neue Hoffnung keimt in der Partei, die in den letzten fünf Monaten doch einiges durchgemacht hat.

✉ s.lennartz@schwaebische.de

Export-Bürgschaften für die Türkei trotz Krise deutlich gestiegen

Deckelung der Bundesregierung soll mehr ein politisches Signal als ein hartes Sanktionsinstrument gewesen sein

BERLIN (dpa) - Sie sollte die Türkei auf dem Höhepunkt der deutsch-türkischen Krise in die Schranken weisen. Doch die Deckelung der Export-Bürgschaften hatte offensichtlich kaum einen Effekt. Die Bundesregierung hat 2017 deutlich mehr Exporte in die Türkei finanziell abgesichert als im Vorjahr.

Im Zuge einer härteren Gangart gegenüber der Türkei hatte die Bundesregierung die Bürgschaften im September bei 1,5 Milliarden Euro gedeckelt. Diese Obergrenze wurde fast erreicht. Der Umfang der sogenannten Hermes-Bürgschaften wuchs um knapp ein Drittel auf 1,458 Milliarden Euro. Das geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Alexander Neu hervor.

Dabei war die Obergrenze ohnehin schon so hoch angesetzt worden,

dass sie deutlich über den 1,102 Milliarden Euro aus dem Vorjahr lag. „Die Deckelung der Hermes-Bürgschaften war in Wirklichkeit keine Sanktion“, sagt Linken-Politiker Neu. „Die

Bundesregierung denkt gar nicht daran, die Wirtschaftsbeziehungen zur Türkei zu beeinträchtigen.“

Hermes-Bürgschaften sollen deutsche Exportunternehmen vor

Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner schützen. Die Türkei zählt zu den Ländern, für die diese Absicherungen am stärksten in Anspruch genommen werden.

Ausfuhren stiegen sogar an

Die Bundesregierung hatte ihre Türkei-Politik ab Mitte 2017 vor allem wegen der Inhaftierung mehrerer deutscher Staatsbürger aus politischen Gründen verschärft. Negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder ergaben sich durch den neuen Kurs aber nicht. Im Gegenteil: Nach einem Einbruch bei den deutschen Exporten in die Türkei von minus zehn Prozent im ersten Halbjahr kam es nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) im zweiten Halbjahr zu einer Erholung.

Zur Person Original

Was wäre ein CDU-Parteitag ohne Eugen Abler? Zuverlässig wie ein Uhrwerk meldet sich der Kommunalpolitiker aus Bodnegg im Landkreis Ravensburg zu Wort – und das genauso originell wie kritisch.

Am Ende geht es Abler immer um den Lebensschutz, um den sich seine Partei seiner Ansicht zu wenig kümmert – es ist sein Herzenssthema. Eine „Willkommenskultur“ für Ungeborene fordert er diesmal. „Der Lebensschutz ist meine Mission“, sagt Abler. Als vierter Redner tritt er in Berlin auf. Der 66-Jährige redet ruhig, sticht aber mit seiner Angriffslust den Vorredner Paul Ziemeck von der Jungen Union leicht aus.

„Die CDU hat mittlerweile das Profil eines abgefahrenen Reifens und ist beliebig geworden“, klagt Abler. Manchmal rufen Parteifreunde später in der Geschäftsstelle an. Manche kommen gleich nach dem Auftritt auf ihn zu. Manche lächeln über ihn, manche nehmen ihn ernst. Sicher ist: Er ist verlässlicher Bestandteil der Rednerliste auf Parteitag geworden. Und er hat es sogar schon bis zur einer Erwähnung in der Washington Post geschafft. Ob er die schwäbische Hausfrau zitiert oder seine Partei ermuntert, sich der Wirklichkeit zu stellen: Abler gilt längst als eine



Eugen Abler sorgt sich um das Profil seiner CDU. FOTO: OH

Art Parteifolklorist. Der gelernte Controller kontrolliert auch seine Christdemokraten. Diesmal macht er in Berlin das Dutzend seiner Parteitagsauftritte voll. Und auch jetzt spart er nicht mit Kritik: Er begrüßt zwar die Erneuerung, aber vermisst die gründliche Analyse der Wahlschlappe. Abler fordert zukunftsweisende Projekte wie eine große Steuerreform, er wendet sich gegen die Ehe für alle und zitiert zum Schluss den Linken und erklärten Atheisten Gregor Gysi, der gesagt habe, dass er am meisten eine gottlose Gesellschaft fürchte.

Am meisten bundesweites Aufsehen hat Abler vor einem Jahr bei seinem Auftritt in Essen bekommen, als er der Kanzlerin vorwarf, „die CDU im Kielwasser des Zeitgeistes nach links geführt“ zu haben. Für den Junggesellen Abler ist Politik ein „wesentlicher Bestandteil“ seines Lebens. 43 Jahre ist er bereits im Gemeinderat von Bodnegg und 14 Jahre im Kreistag. Sein frisches Engagement hat er sich bewahrt. Sabine Lennartz



Container im Hafen von Izmir: Die deutsch-türkische Krise hat sich nicht negativ auf die Wirtschaftsbeziehungen ausgewirkt. FOTO: DPA